Stand: 28.10.2025 02:39:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19864

"Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand bei staatlichen Immobilien in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 18/19864 vom 26.01.2022
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22060 des BV vom 22.02.2022
- 3. Beschluss des Plenums 18/22171 vom 05.04.2022
- 4. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022



Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

26.01.2022

Drucksache 18/19864

Antrag

der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD

Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand bei staatlichen Immobilien in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich einen jährlich wiederkehrenden Bericht über den Leerstand staatlicher Immobilien in Bayern zu geben.

Anhand einer Aufschlüsselung nach Regionen, Art der Immobilien (Wohnen/Gewerbe/Verwaltung/etc.) und Leerstandsdauer soll der Landtag ein umfassendes Bild erhalten, um über Schritte zur Verringerung des Leerstands beraten zu können. Die Staatsregierung sollte im Bericht auch eine Einschätzung zur Auflösung der Leerstände abgeben und Lösungsvorschläge machen.

Begründung:

In Bayern herrscht vielerorts ein Mangel an Immobilien, besonders für Wohnraum. Umso mehr sollte die Staatsregierung dafür sorgen, dass staatliche Immobilien nicht leer stehen. Wo dies der Fall ist, soll für eine möglichst rasche und sinnvolle Anschlussnutzung gesorgt werden.

Vergangenes Jahr wurde bekannt, dass ausgerechnet auch in München, der Stadt mit einem der umkämpftesten Immobilienmärkte der Republik, viele staatliche Immobilien aktuell ungenutzt sind – teilweise schon seit vielen Jahren.

Die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer versprach daraufhin ein Gesamtkonzept, mit dem man staatliche Immobilien gezielt weiterentwickeln wolle, etwa um mehr kostengünstigen Wohnraum zu schaffen (dpa-Meldung, 14.04.2021).

In diversen Antworten auf parlamentarische Anfragen ist allerdings erkennbar, dass die Staatsregierung noch keinen zentralen und umfassenden Überblick über den Leerstand von staatlichen Immobilien hat.

Die Daten, die von den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften oder im Bayerischen Liegenschaftsinformationssystem (BayLIS) dazu vorliegen, ergeben kein komplettes Bild.

Deswegen soll in diesem Bericht auch der Bestand an staatseigenen Wohnungen und weiteren Gebäuden des Freistaates, der von den jeweiligen Dienststellen in den Geschäftsbereichen der Staatsministerien bewirtschaftet wird, beachtet werden. Auch Immobilien von staatlichen Beteiligungen, Staatsbetrieben und den in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 IMBY-Gesetz genannten Verwaltungsbereiche mit Ausnahme der staatlichen Schlösser- und Seenverwaltung sollen berücksichtigt werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

22.02.2022

Drucksache 18/22060

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD Drs. 18/**19864**

Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand bei staatlichen Immobilien in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Natascha Kohnen Mitberichterstatter: Jürgen Baumgärtner

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 22. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Enthaltung

SPD: Zustimmung FDP: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Sebastian Körber

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

05.04.2022 Drucksache 18/22171

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD Drs. 18/19864, 18/22060

Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand bei staatlichen Immobilien in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Protokollauszug 110. Plenum, 05.04.2022

Bayerischer Landtag – 18. Wahlperiode

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge die gem. §

59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? –

Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag

diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben den ersten Tag eines dreitägigen Sitzungs-

marathons geschafft. Die Sitzung ist für heute beendet. Danke schön.

(Schluss: 17:51 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Februar 2022 (Vf. 3-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen

- 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
- 2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
- 3. Bayerische Staatsregierung

vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des

Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002 Drs. 18/22085 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Α

Bei den nachfolgenden Verfassungsstreitigkeiten aus der 17. Wahlperiode wird ein neuer Vertreter des Landtags bestellt

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.17-0013 Drs. 18/22086 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z		Z	A	Z

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2018 (Vf. 7-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5, Art 20 Nr. 3, Art 23 Abs. 3 Nr. 3 und Art. 32 a des Gesetzes über die Aufgabe und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.18-0008 Drs. 18/22088 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	团	Z	A	团

zur 110. Vollsitzung am 5. April 2022

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juni 2018 (Vf. 10-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 - 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 - 2. Bayerische Staatsregierung

vom 6. Juni 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23 Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0008 Drs. 18/22089 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	A	Z

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. September 2018 (Vf. 15-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b, Art. 14 Abs. 1 Nr. 4, Art. 15 Abs. 3 Nr. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Sätze 1 und 3, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 2, 4 und 5, Art. 18, 20 Nr. 3 Sätze 2 und 3, Art. 21 Abs. 1 Nr. 3, Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und Abs. 2, Art. 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b, Art. 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1Buchst. b, Art. 34 Abs. 1 und 3 Satz 4, Art. 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 2, Art. 36 Abs. 2 und 4 Sätze 2 bis 5, Art. 37 Abs. 1 und 2 Satz 3, Art. 38 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, Art. 39 Abs. 1 Satz 1, Art. 40 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 Satz 1, Art. 43 Abs. 2, Art. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Art. 49 Abs. 3 Satz 6 und Art. 92 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301, 434) geändert worden ist

PII-G1310.18-0013 Drs. 18/22087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
				ohne	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. September 2018 (Vf. 16-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
 - 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 - 2. Bayerische Staatsregierung

vom 5. September 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e, Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst. b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42 Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.18-0014 Drs. 18/22090 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z		Z		ohne	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

- 7. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom
 - 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskam-mer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG

PII-G1320-16-0001 Drs. 18/22091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Tobias Reiß bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ohne	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

zur 110. Vollsitzung am 5. April 2022

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2577/15 und 1 BvR 2578/15) betreffend Verfassungsbeschwerden 1. gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015
 - BVerwG 6 C 33.14 -, 1 BvR 2577/15 -,
 - 2. gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 BVerwG 6 C 38.15 (6 C 33.14) –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015
 - BVerwG 6 C 33.14 -, 1 BvR 2578/15 -

PII-G1320.15-0001 Drs. 18/22092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ohne	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 14. Dezember 2016 (1 BvR 2579/15) betreffend

Verfassungsbeschwerde

gegen

- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 BVerwG 6 C 39.15 (6 C 35.14) –,
- b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015
- BVerwG 6 C 35.14 -

PII-G 1320-15-0001 Drs. 18/22094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum neuen Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ohne	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Ablehnung" zugrunde zu legen.

Europaangelegenheiten

10. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Bodenstrategie für 2030 – Die Vorteile gesunder Böden für Menschen, Lebensmittel, Natur und Klima nutzen COM(2021) 699 final

BR-Drs. 829/21

Drs. 18/20105, 18/21981 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	Z	Z	2	A	Z

11. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Hochschulstrategie COM(2022) 16 final

BR-Drs. 26/22

Drs. 18/21391, 18/22081 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22081 veröffentlichten Bedenken.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z		Z		Z	Z

12. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Erleichterung einer wirksamen europäischen Hochschulzusammenarbeit COM(2022) 17 final BR-Drs. 49/22

Drs. 18/21731, 18/22080 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis und bittet um Berücksichtigung der auf Drs. 18/22080 veröffentlichten Bedenken.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	Z	Z			Z

13. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit Pflanzliches und forstliches Vermehrungsgut (überarbeitete Vorschriften) 21.12.2021 - 29.03.2022 Drs. 18/20106, 18/21961 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/21961 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte Nachhaltiger Konsum von Gütern – Förderung von Reparatur und Wiederverwendung 11.01.2022 - 05.04.2022 Drs. 18/20108, 18/21978 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/21978 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	ENTH	Z	A	ENTH	Z

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr Multimodale digitale Mobilitätsdienste 01.12.2021 - 23.02.2022 Drs. 18/20109, 18/22064 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 18/22064 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	ENTH	Z	A		Z

16. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie

Projekte im Bereich erneuerbare Energien – Genehmigungsverfahren und Strombezugsverträge 18.01.2022 - 12.04.2022 Drs. 18/21390, 18/22053 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/22053 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Zukunftssicherung der Feuerwehr IX: Ehrung für langjährige Feuerwehrleute aufwerten Drs. 18/8765, 18/21623 (E)

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
 Auch über Parkplätzen können Wohnungen entstehen: Erstellung eines "modernen" staatlichen Flächenkatasters Drs. 18/17073, 18/22059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z		Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. AfD Wohlstand für alle I: Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen! Drs. 18/19631, 18/22063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD

Leerstand bekämpfen: Regelmäßige Übersicht über Leerstand

bei staatlichen Immobilien in Bayern

Drs. 18/19864, 18/22060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Quereinstieg in frühpädagogische Tätigkeitsfelder erleichtern – Qualität durch bedarfsgerechte Weiterbildung fördern Drs. 18/19873, 18/21968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD Stärkung der traditionellen Familie – Wider den sozialistischen Zeitgeist! Drs. 18/19930, 18/21970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayernweites Modellprojekt "Verfahrenslotse" in der Kinder- und Jugendhilfe Drs. 18/20021, 18/21971 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
Z	团	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD Mehr gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen – Einrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Drs. 18/20029, 18/21972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLE	AfD R	SPD	FDP
A		A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
 Wie wird Bayerns Gebäudebestand klimaneutral? S taatsregierung muss Kosten und Strategien offenlegen Drs. 18/20030, 18/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A		A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)

Fachgespräch zur Zukunft der Hebammenversorgung in Bayern Drs. 18/20093, 18/21919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
 Sicherung des Fachkräftebedarfs in Bayern: Berufsausübung sowie Ausbildungen, Fort- und Weiterbildungen ohne Impf- und Boosterzwang ermöglichen Drs. 18/20096, 18/21920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel u.a. CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Berücksichtigung der Eingliederungshilfe im Pflege- und Wohnqualitätsgesetz

Drs. 18/20098, 18/21921 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
 Energie für Bayern - Gasversorgung sicherstellen VI: Compliance-Lieferantenverpflichtung für eine Mindest-Gasbevorratung einführen Drs. 18/20130, 18/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Seilbahnförderung evaluieren – Nachhaltigkeit im Bergtourismus Drs. 18/20565, 18/22074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl u.a. SPD Mehr globale Impfgerechtigkeit: Förderung von Impfstoffproduktion in Ländern des globalen Südens Drs. 18/20640, 18/22067 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
 GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive I Drs. 18/20641, 18/22054 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) GanztagsBILDUNG statt nur Betreuung: Personaloffensive II Drs. 18/20642, 18/22055 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD Niemand darf abgehängt werden – Bildungsangebote müssen für alle sichergestellt sein Drs. 18/20662, 18/22056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern I – Ausarbeitung eines Konzepts zur Fachkräftegewinnung Drs. 18/20675, 18/21973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern II – Digitalisierungsoffensive für gleichberechtigte Teilhabe Drs. 18/20676, 18/21974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
 Diana Stachowitz, Arif Taşdelen u.a. SPD
 Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern III –
 Modellprojekte zur Implementierung der Verfahrenslotsen
 Drs. 18/20677, 18/21975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD) Bayerische Unternehmen entlasten: Moratorium auf die Rückzahlung von Coronahilfen einführen Drs. 18/21080, 18/22075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
 Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft sichern, Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt entgegenwirken! Drs. 18/21081, 18/22076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
 Bericht zu Konsequenzen nach Evaluierung der Förderung nach den Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen sowie zur Kritik des ORH Drs. 18/21128, 18/22077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	团	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe I: Digitalpakt jetzt auf den Weg bringen Drs. 18/21187, 18/21976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	团	A	A	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe II: Fachkräfte gewinnen, (weiter-)qualifizieren und halten Drs. 18/21188, 18/21977 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE Wähler	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD Bericht zum Lehrkräftemangel am G9 Drs. 18/21190, 18/22057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z			Z

44. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ausweisung zusätzlicher Messstellen für die Binnendifferenzierung in roten Gebieten Drs. 18/21192, 18/21962 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehrsprachigkeit in Bayern fördern Drs. 18/21206, 18/22058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Chancen-Aufenthaltsrecht" für Geflüchtete in Bayern ermöglichen Drs. 18/21311, 18/21938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z